

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 84 8 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zum Erfordernis neuer Elemente in der Bonner Jugoslawien-Politik: Neue Weichenstellung geboten.

Seite 1

Gernot Erier MdB zur Kritik an der Jugoslawien-Politik von Außenminister Genscher: Die Stunde der Opportunisten.

Seite 2

Doris Odendahl MdB zur künftigen Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Deutschland: Die Bildungsmöglichkeiten zeitgemäß gestalten. (Teil I)

Seite 3

46. Jahrgang / 127

8. Juli 1991

### Neue Weichenstellung geboten

**Zum Erfordernis neuer Elemente in der Bonner Jugoslawien-Politik**

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB\*  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Es ist ein wichtiger politischer Erfolg, daß nach Ablauf des Ultimatums in Jugoslawien verhandelt und Ergebnisse erzielt wurden, statt daß weiter Schüsse fielen. Die Vereinbarungen von Brioni regeln aber nur Konflikte innerhalb der nächsten Wochen.

Für die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft ist meines Erachtens eine grundlegend neue Weichenstellung geboten, die von der Vorstellung des Einheitsstaates Jugoslawien Abschied nimmt, dessen Zentralregierung mittlerweile ohnehin nur noch Serbien repräsentiert.

Folgende Elemente sollten zu einer neuen Politik gegenüber Jugoslawien gehören:

- Die EG sollte als politischer Vermittler in den Gesprächen zwischen den Regierungen der einzelnen Republiken über die Auflösung des bisherigen Einheitsstaates und den Modus künftiger freiwilliger und demokratischer Kooperation zwischen den einzelnen Republiken wirken und zum Zustandekommen solcher Gespräche aktiv beitragen.
- Die EG sollte ein Angebot zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Assoziierungsabkommen mit den einzelnen Republiken statt mit dem bisherigen Zentralstaat vorlegen. Die Assoziierungsabkommen sollten zu wirtschaftlicher und anderweitiger Kooperation mit den anderen Republiken in Jugoslawien und zu Gewaltfreiheit verpflichten und die Garantie der Minderheitenrechte in den einzelnen Republiken zur Pflicht machen.

Eine derartige vorwärts gewandte EG-Politik könnte für alle jugoslawischen Völker attraktiver sein als dauernde Kämpfe gegeneinander. Sie trägt zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts bei und sichert gleichzeitig das friedliche Verhalten der künftigen Staaten untereinander.

\* Die Autorin hat am Wochenende Slowenien besucht und dort auch mit Ministerpräsident Lojze Peterle gesprochen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Linco  
mit wertvollen Recycling-  
Papier



- Die mehrfach angekündigten EG-Beobachter müssen endlich im Land eintreffen, vor allem in Slowenien und Kroatien und über einen längeren Zeitraum im Land verweilen. Damit wird ein gewisser politischer Schutz gegeben. Deshalb bin ich auch für zivile statt für Militärbeobachter, denn gefragt ist die politische Vermittlerfunktion.
- Die EG-Institutionen müssen endlich ihre Mißachtung der demokratisch gewählten Politiker Sloweniens, ihre völlig unberechtigte Bevorzugung der Politik der Zentralregierung aufgeben. So ist es absolut unverständlich, daß der slowenische Ministerpräsident Peterle am Freitag letzter Woche bei seinem Besuch in Brüssel von den EG-Kommissaren Andriessen und Bangemann nicht empfangen wurde.

(-/8. Juli 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Stunde der Opportunisten**

**Zur Kritik an der Jugoslawien-Politik von Außenminister Genscher**

**Von Gernot Erier MdB**

Das Feuer, mit dem die jugoslawische Bundesarmee auf die Loslösung Sloweniens reagiert hat, findet eine politische Fortsetzung in der Bundesrepublik: Röhe und Lamers ballern auf den Außenminister und werfen ihm vor, mit seiner Zögerlichkeit, die Souveränität in Zagreb und Ljubljana offiziell anzuerkennen, gar Prinzipien des Völkerrechts zu mißachten. Einige Kollegen der SPD tuten in dasselbe Horn und verlassen damit hurtig eine Linie, auf die sich noch am 19. Juni der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages mit breitester Zustimmung verständigt hat. Es ist die Stunde des Opportunismus: Wer will sich schon vorwerfen lassen, durch Hartleibigkeit gegen den slowenischen Separatismus die serbischen Gewaltmenschen in Belgrad zu ihrer militärischen Aktion ermuntert zu haben?

Wie häufig bei opportunistischen Kehrtwendungen bleibt die politische Übersicht auf der Strecke. Das Selbstbestimmungsrecht legitimiert keinesfalls jegliche Separation. Als Recht ist es unteilbar. Insofern steht es auch den Serben in der kroatischen Krajina zu, wo sie es auch mit Recht reklamieren. Der Herauslösung dieser Enklave aus Kroatien wird trotzdem niemand einen Sinn abgewinnen können. In Kosovo leben mehr Albaner, als es in ganz Slowenien Slowenen gibt. Ihr Selbstbestimmungsrecht wird seit Jahren mit Füßen getreten, was nicht heißt, daß die einzige Lösung in einer Lostrennung von Serbien und Jugoslawien besteht. Folgerichtig hat eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages im Kosovo noch vor wenigen Wochen harte Kritik an der serbischen Unterdrückungspolitik geübt, gleichzeitig aber jedem albanischen Separatismus eine Absage erteilt. In einer Region, wo viele Völker durchmischt beieinanderleben, kann Selbstbestimmung nicht automatisch mit Eigenstaatlichkeit zusammenfallen. Wer die Eigenstaatlichkeit der Slowenen nicht im Moment ihrer Proklamation anerkennt, sondern dies von bestimmten Voraussetzungen abhängig macht, stellt damit keineswegs das Selbstbestimmungsrecht infrage.

Der Vorwurf, das Zögern bei der Anerkennung habe die Scharfmacher in Belgrad ermuntert, ist geradezu lächerlich. Wer sich länger als einen Tag mit Jugoslawien beschäftigt hat, weiß längst, daß sich speziell die serbische Politik einen feuchten Kehrriech um ihre eigene Außenwirkung schert. Seit Jahren versucht die Weltöffentlichkeit Belgrad zur Korrektur seiner Unterdrückungspolitik im Kosovo zu bewegen. Sanktionen wurden angedroht, mit dem Nickols-Amendment der USA jüngst auch angewandt, die Reaktion ab er war gleich Null. Wer glaubt, daß diplomatische Verbeugungen vor dem slowenischen Separatismus die Serben von ihrer gewaltsamen Antwort abgehalten hätten, beweist nur seine Ahnungslosigkeit von den südslawischen Verhältnissen, an denen sich die europäische Politik schon seit Jahren die Zähne ausbeißt.

Verstanden wird nur eine Sprache, hinter der Fakten stehen.

Wer heute, das Herz voll Sympathie, den Kucans und Tudjans auf die Schulter haut und sagt "Habt ihr gut gemacht", der wird morgen eine Bitte um Alimentierung auf den Tisch kriegen.

Denn die Frage, wie die künftigen Nachfolgerepubliken Jugoslawiens eigentlich wirtschaftlich überleben sollen, wenn sie im bewaffneten Streit sich voneinander lösen, bleibt bisher unbeantwortet. Selbst die vergleichsweise reichste Teilrepublik Slowenien wird schnell ins Trudeln kommen, wenn ihr der restliche jugoslawische Markt versperrt wird. Die zu erwartenden Folgezessionen werden noch viele Auseinandersetzungen mit sich bringen, eines aber mit Sicherheit erreichen: Auf absehbare Zeit wird keines der neuen Staatsgebilde ohne massive Hilfe von außen die eigenen Bürger ernähren können. Deshalb war und bleibt es richtig zu verlangen, daß ein die ökonomischen Grundlagen nicht zerstörender Konsens gesucht wird, und nicht durch egoistische Einzelkraftakte die letzten Ressourcen des Landes für den Bruderkrieg mobilisiert werden.

Wie soll es eigentlich weitergehen? Wenn die Gleichsetzung von Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit Schule macht und wir der Auflösung Jugoslawiens in lauter Minirepubliken ohne Konsens über ein gemeinsames Überleben Beifall klatschen - was können wir dann noch sagen, wenn sich morgen die Slowaken von Präsident Havel verabschieden? Übermorgen die Mähren ihre Unverträglichkeit mit den Tschechen entdecken? Die Kosovo-Albaner den offenen Aufstand gegen die Serben proben? Wieso sollen Slowenen dürfen, die Litauer, Letten, Esten, Moldawier, Armenier, Georgier und wer noch alles dazukommen mag, aber nicht? Auch dort hat es Referenden und Souveränitätserklärungen gegeben. Warum müssen alle diese Republiken noch auf ihre diplomatische Anerkennung warten? Vielleicht nur weil Gorbi so nett zu uns ist und möglichst noch lange so bleiben soll?

Nein: Es gibt gute Gründe, dem verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, daß am eigenen Unglück immer nur die anderen Schuld sind, mit denen man bisher zusammengelebt hat, daß also die Separation von den anderen die eigenen Probleme quasi automatisch löst. Häufig verbindet sich dabei nationalistisches Denken, Unduldsamkeit gegen eigene Minderheiten und die Illusion, die Eigenständigkeit werde Startvorteile im Kampf um die Hilfe des reichen Europa verschaffen. Ein Beispiel dafür lieferte vor kurzem der georgische Präsident Swiat Gamsachur-dija, der zwar für eine Souveränitätserklärung große Zustimmung im Lande erhielt, aber es nicht für nötig befand, für die Produkte seines Landes die Absatzmärkte (sie liegen fast ausschließlich in der von ihm geschmähten UdSSR) zu sichern. Stattdessen fordert er stracks: Vollmitgliedschaft in der EG, ohne den Umweg über die Assoziation!

Tagesopportunismus löst keine Probleme. Rüge, Lamers und ihre Helfer können heute kostenlos Genscher kritisieren. Wenn sie morgen die Folgen ihrer Vorschläge einlösen müßten, könnte es ziemlich teuer werden. Sie müßten eigentlich wissen, wie wenige Versprechen mit finanziellen Folgen - und die rasche Anerkennung einer Umordnung Jugoslawiens ohne Konsens wäre ein solches - wir uns derzeit noch leisten können.

(-/8. Juli 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Bildungsmöglichkeiten zeitgemäß gestalten (Teil I)** **Zur künftigen Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Deutschland**

Von Doris Odendahl MdB

Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Bildung und Wissenschaft

Unser Hochschulsystem ist, allerdings nur gemessen an den Studentenzahlen, in den vergangenen 15 Jahren geradezu explodiert: Die Zahl der eingeschriebenen Studenten in den alten Ländern hat sich von 1975 (840.000) bis zum Sommersemester 1991 (1,585 Millionen) nahezu verdoppelt; hinzu kommen etwa 130.000 Studierende in den neuen Ländern. Nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz vom Januar 1991 setzt sich der in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Ländern verspätete Trend zum Hochschulstudium weiter fort: In den alten Ländern liegen die voraussichtlichen Zahlen der Studienanfänger/innen und der Studierenden je nach Annahmen über das Studienwahlverhalten bis zu 24 Prozent über den bisherigen Prognosezahlen. Trotz des Geburtenrückgangs in den 70er Jahren werden die

Studentenzahlen bis zum Jahr 2000 um 1,5 Millionen pendeln. Auch danach ist in den alten Ländern langfristig mit mindestens 1,3 Millionen Studenten zu rechnen. Ganz abgesehen vom dringenden Modernisierungsbedarf reichen die Kapazitäten der Hochschulen in den neuen Ländern bei weitem nicht aus, wenn auch hier künftig die individuelle Entscheidung nach Eignung und Neigung und nicht-zentrale Bedarfslenkung das vorrangige Kriterium für den Hochschulzugang sein soll. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik müßte in den neuen Ländern die Zahl der Studenten heute etwa 400.000 betragen. Bis zum Ende des Jahrtausends ist daher mit über 1,8 Millionen Studierenden zu rechnen.

Dieser absehbaren Entwicklung haben vor allem die Finanzminister unter Verweis auf eine angeblich vorübergehende Überlast weitgehend tatenlos und blockierend zugesehen. Unzureichend ausgestattete Sonderprogramme sind kaum mehr als ein Trostpflaster. Ihre Weigerung, der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans zuzustimmen, obwohl die Bildungspolitiker lediglich realistische Trends fortgeschrieben hatten, liegt bereits über zehn Jahre zurück. Von einer vorausschauenden, abgestimmten Planung des Hochschulausbaus kann seitdem keine Rede mehr sein: Bis heute gilt für das alte Bundesgebiet die bereits Mitte der 70er Jahre vereinbarte Zielzahl von 850.000 flächenbezogenen Studienplätzen, das Mitte 1990 lediglich um 50.000 Fachhochschulstudienplätze aufgestockt worden ist. Ende 1990 waren erst 800.000 Studienplätze verfügbar, davon rund 135.000 an Fachhochschulen. Die Mittel für den Hochschulbau sind unter Berücksichtigung der Inflationsrate real nur unwesentlich erhöht worden. Die notwendige Verständigung im Planungsausschuß für den Hochschulbau auf vordringliche Bereiche (zum Beispiel zum Fachhochschul-Anteil, zur regionalen Verteilung der neuen Studienplätze, zum Fernstudium, zur Fächerstruktur) wird von vielen bestenfalls als Planungseuphorie geißelt.

Bund und Länder müssen sich umgehend auf ein Ausbauziel von mindestens 1,1 Millionen Studienplätzen bis zum Jahr 2000 verständigen. Bis dahin müssen 300.000 Studienplätze zusätzlich geschaffen werden, darunter mindestens 100.000 an Fachhochschulen. Die Kapazitäten der Hochschulen in den neuen Ländern müssen auf 250 bis 300.000 Studienplätze erweitert werden. Nur so kann der veränderten Studienmelung der Jugendlichen, aber auch den gestiegenen Erwartungen von Gesellschaft und Wirtschaft im zusammenwachsenden Europa an die vom gesamten Bildungssystem bereitzustellenden Qualifikationen Rechnung getragen werden. Die Zeit drängt: Frei werdende Bundesbauten (Kasernen, Verwaltungsgebäude in Bonn) müssen auch zum Ausbau des Hochschulbereichs genutzt werden.

Dies bedeutet zugleich, daß die Ansätze in den Haushaltsplänen von Bund und Ländern für den Hochschulbau, das Hochschulpersonal wie die Sachmittelausstattung, das Fernstudium die Ausbildungsförderung sowie die Forschungsförderung drastisch nach oben korrigiert werden müssen. Das sich Durchwursteln mit zu gering dotierten, zeitlich befristeten Hochschulsonderprogrammen muß durch eine längerfristige, mit der Zielplanung abgestimmte Haushaltsplanung abgelöst werden. Wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung dieser weitreichenden Forderungen zum quantitativen Ausbau des Hochschulbereichs und seiner Finanzierung muß die Verständigung aller bildungs- und finanzpolitisch Verantwortlichen auf einen gemeinsamen Grundkonsens sein: daß Bildung und Ausbildung immer wichtiger werden - wegen ihres Beitrags zum sozialen Zusammenhalt, zur Entwicklung der Demokratie und zur Förderung des Individuums als auch wegen ihres Zusammenhangs mit der Sicherung des nationalen Wohlstands, der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Erhaltung der Natur.

Leider ist die Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" über diese Empfehlung hinaus nicht zu gemeinsamen Forderungen an die Adresse der Finanzpolitiker gelangt. Dagegen haben die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund, Ländern und Europäischem Parlament sich in ihrer Entschließung "Bildung im geeinten Deutschland" vom 2./3. Mai 1991 in Potsdam auf einen konkreten Forderungskatalog zum quantitativen und qualitativen Ausbau des Bildungswesens in allen Bereichen verständigt. Um diesen Katalog in der bildungspolitischen Praxis durchsetzen zu können, ist zunächst erforderlich: Die Möglichkeit der

Parlamente, auf Abstimmungsprozesse der Regierungen von Bund und Ländern frühzeitig und wirksam Einfluß zu nehmen, muß nachhaltig verbessert werden. Die Fraktionsvorsitzenden der SPD fordern die Regierungen von Bund und Ländern auf, Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens der wechselseitigen Abstimmung und der parlamentarischen Mitwirkung unter Kontrolle bei europäischen und überregional bedeutsamen bildungs- und wissenschaftspolitischen Entscheidungen vorzulegen. Die linke Seite in der Enquete-Kommission hat in diesem Kontext auch die Wiedereinsetzung des Bildungsrats gefordert, der an die Runden Tische für Bildung in der Übergangszeit der ehemaligen DDR anknüpfen könnte.

Nur auf dem Wege der parlamentarischen Mitwirkung und der breiten öffentlichen Diskussion wird es gelingen, das dreifache Ziel der zügigen Erneuerung der Hochschulen in den neuen Ländern, des quantitativen Ausbaus und der qualitativen Hochschulreform im gesamten Bundesgebiet bedarfsgerecht und solidarisch zu verwirklichen. Spätestens ab 1993 müssen sich Bund und Länder - zunächst im Wissenschaftsrat, sodann im Planungsausschuß für den Hochschulbau - auf eine gemeinsame Vorhabenplanung für alle Hochschulen im erweiterten Bundesgebiet verständigen; das Nebeneinander der Ansätze für den Hochschulbau im Bundeshaushalt (1991: 1,3 Milliarden DM alte Länder, 300 Millionen DM neue Länder) muß beendet werden. Dieser Ansatz muß erheblich aufgestockt werden, auch um den Bund die Möglichkeit zu geben, Vorleistungen der Länder aus den Vorjahren von rund 700 Millionen DM zu erstatten, sowie die Abrechnungen von den Ländern vorgelegt sind.

Der Wissenschaftsrat berät gegenwärtig eine Reihe von Empfehlungen, die von weitreichender Bedeutung für die Hochschullandschaft in den neuen Ländern und das Bundesgebiet insgesamt sein werden. Auf Antrag der SPD hat der Generalsekretär des Wissenschaftsrats am 19. Juni 1991 im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft vorgetragen. Dabei wurde deutlich:

- Die Evaluierung erfolgt ohne ein vorab politisch legitimes Strukturkonzept für den stufenweisen Ausbau der Kapazitäten in den neuen Ländern. Hierzu bedarf es eines gemeinsamen Beschlusses der 16 Länder mit dem Bund, an dem die Parlamente mitwirken müssen.
- Bisher konzentriert sich die Evaluierung stark auf den Universitätsbereich und jeweils einzelne Hochschulen: Die Chancen von Fachhochschulen für eine dem Bedarf des Arbeitsmarkts entsprechende, praxisorientierte und in relativ überschaubarem Zeitraum zu absolvierende Ausbildung werden noch nicht gesehen; auch die Möglichkeiten und die Notwendigkeit zur Kooperation, etwa durch Bildung von Gesamthochschulen, müssen erörtert werden.
- Große Bereiche des Ausbildungssystems der ehemaligen DDR werden vom Wissenschaftsrat nicht erfaßt: Für die zukünftige Entwicklung der rund 250 Fachschulen muß umgehend eine Beratung in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung unter Beteiligung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung erfolgen.
- Diese Empfehlungen stellen in jedem Fall Festlegungen für die Vorhabenplanung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau der Hochschulen dar, weil sie von der wissenschaftlichen und von der Verwaltungskommission im Konsens beschlossen werden. Es ist verständlich, daß der Wissenschaftsrat bei seinen Überlegungen zum Tempo der Erneuerung des Hochschulbereichs in den neuen Ländern auch auf die Verfügbarkeit von qualifiziertem Hochschulpersonal achtet. Zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang: Die jetzt entwickelten Empfehlungen des Wissenschaftsrats können die künftige Hochschulstruktur in den neuen Ländern nicht langfristig, sondern nur für einen mittelfristigen Zeitraum von maximal fünf Jahren fixieren. Sie müssen für eine Ergänzung in absehbarer Frist offen sein. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die neuen Länder ihre Hochschulen langfristig weitgehend selbst finanzieren müssen.
- Die Beratungen im Wissenschaftsrat finden ohne jegliche parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle statt. Zu fordern ist: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats müssen

dem Deutschen Bundestag mit einer Stellungnahme der Bundesregierung und dem Landtagen in den neuen Ländern mit einer Stellungnahme der jeweiligen Landesregierung zur Billigung vorgelegt werden. Hieran muß sich gegebenenfalls eine Revision der Empfehlungen anschließen, bevor Bund und Länder mit der Umsetzung beginnen.

Der rasche Prozeß der Einigung machte es erforderlich, daß 'Abwicklung' und Evaluierung sowie Neuaufbau parallel durchgeführt werden. In der Entschließung 'Bildung im geeinten Deutschland' haben die SPD-Fraktionsvorsitzenden ihre Sorge ausgedrückt, daß die schwierige Übergangsphase nicht zur allgemeinen Verunsicherung der Jugendlichen, ihrer Eltern und des zu einem Neuanfang bereiteten Personals mißbraucht wird. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in Kürze eine Kleine Anfrage zur Bildungsdiskriminierung in der ehemaligen DDR einbringen, in der die Bundesregierung auch nach Maßnahmen gefragt wird, die es den Betroffenen ermöglichen sollen, ihren in der Vergangenheit politisch beschnittenen Bildungsweg noch zu korrigieren. Den Studierenden muß die reibungslose Fortsetzung des Studiums in neugeschaffenen Einrichtungen und Studiengängen ermöglicht werden. Bis Ende 1991 werden viele - auch fachlich qualifizierte - Wissenschaftler entlassen. Leider hat die Bundesregierung entsprechende Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion zum Haushalt 1991 nicht aufgegriffen, die es betroffenen Hochschulangehörigen im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes ermöglichen sollte, ihnen eine Chance zum Neubeginn und zur Bewährung einzuräumen, etwa in befristeten Ressortforschungsprojekten unter demokratisch kontrollierten Bedingungen. Dies ist um so bedauerlicher, als im kürzlich zwischen Bund und Ländern vereinbarten Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung (Drittes Hochschulsonderprogramm) für die neuen Länder entgegen den Beteuerungen von Bundesbildungsminister Professor Dr. Ortleb nicht genügend Bundesmittel bereitgestellt werden. In der Übergangszeit trägt der Bund besondere Verantwortung bei der Forderung von Investitionen zur raschen Herstellung einheitlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse, auch in den Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Er muß seine finanziellen Verpflichtungen voll wahrnehmen, ohne sich in die Zuständigkeiten der neuen Länder einzumischen und die alten Länder noch weiter finanziell zu belasten.

Das Erneuerungsprogramm hat ein Gesamtvolumen von nur 1,76 Milliarden DM bei einer Laufzeit von fünf Jahren. Der Bund trägt einen Anteil von 75 Prozent (1,32 Milliarden DM), die restlichen 440 Millionen DM werden von den neuen Ländern unter Einschluß von Berlin aufgebracht. Diese Mittel, die zum großen Teil bereits über das Programm 'Aufschwung Ost' bereitgestellt wurden, reichen nicht aus, die Hochschulen in den neuen Ländern personell und fachlich zu erneuern. Es ist absolut unverständlich, daß der Bund auch die alten Länder - über ihre bisher schon geleisteten Beiträge für die neuen Länder hinaus - zu einer Mitfinanzierung heranziehen wollte. Mit diesem Programm und den übrigen Ansätzen für Wissenschaft und Forschung von BMW und BMFT wird es auch keineswegs gelingen, die bisheriger Form Forschungslandschaft außerhalb der Hochschulen in den neuen Ländern in nennenswertem Umfang zu erhalten und stärker an die Hochschulen anzubinden; auch in den alten Ländern wird es ohne eine Aufstockung des BMFT-Haushalts für die außeruniversitäre Forschung zu Einbrüchen kommen. Für einen Zeitraum von fünf Jahren sind lediglich 120 Millionen DM für den Bundesanteil an der Finanzierung von 'Blaue Liste' - Instituten in den neuen Ländern vorgesehen. Seit April dieses Jahres wartet die SPD-Bundestagsfraktion vergeblich auf einen Bericht der Bundesregierung im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft über das künftige Schicksal der Forschergruppen und Institute, die an der Marx-Engels-Gesamtausgabe mitwirken. An einer philosophiegeschichtlich angelegten, der ideologischen Verwertung entzogenen MEGA-Gesamtausgabe im Rahmen des Akademie-Programms der BLK muß das geeinte Deutschland größtes Interesse haben!

(-/8. Juli 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)